

Inhaftierung von Studentenfürhrrn

Am 27. September 2006 wurden drei ehemalige Studentenfürhrr, die bei den blutig niedergeschlagenen Protesten von 1988 eine führende Rolle gespielt hatten, vor einer Feier zum 18. Jahrestag der Gründung der National League of Democracy (NLD) in Gewahrsam genommen. Min Ko Naing, Ko Ko Gyi und Ko Htay Kywe haben bereits lange Haftstrafen verbüßt.

In der Staatspresse wurde verbreitet, die Inhaftierten gefährdeten die Stabilität des Landes, würden terroristische Angriffe planen und mit oppositionellen Kräften im Exil zusammenarbeiten. Die Vorwürfe wurden von der Gruppe der »88er Studentebewegung« zurückgewiesen. Die Gruppe hat inzwischen eine landesweite Unterschriftenkampagne initiiert mit dem Aufruf zur Freilassung von politischen Gefangenen einschließlich Aung San Suu Kyi, Shan-Führer Khun Htun Oo und der inhaftierten Studentenfürhrr. In der Petition wird ein »konstruktiver Kompromiss« zwischen Militärregime und Opposition gefordert. Neben der Unterschriftenkampagne haben die Initiatoren zu einer »weißen Kampagne« aufgerufen. Darin sollten Unterstützer zwischen dem 10. und 18. Oktober, dem 44. Geburtstag von Min Ko Naing, weiße Kleidung tragen, um ihre Solidarität zu zeigen. Laut Berich-

ten von Mizzima und Irrawaddy beteiligten sich viele Zivilisten an der Kampagne und trugen weiß.

International hatten die Verhaftungen Empörung und Besorgnis ausgelöst. Auch die Europäische Union hat ihre »tiefe Besorgnis« über die Inhaftierung geäußert und die sofortige Freilassung der Aktivisten gefordert.

Am 23. Oktober endete in Burma die Unterschriften-Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen und der Forderung an die Militärregierung nach Gesprächen mit der Opposition. Von Seiten der Organisatoren heißt es, man habe 535.580 Unterschriften sammeln können, darunter von prominenten Schriftstellern, Künstlern und Politikern.

Im Verlauf der Aktionen wurden jedoch mehrere Unterschriftensammler festgenommen, unter ihnen Win Ko, Mitglied des Jugendflügels der NLD, der zu drei Jahren Haft verurteilt wurde. Davon unabhängig wurde ein anderer politischer Gefangener, Thet Wai, ebenfalls Mitglied der NLD, 25 Tage nach Ablauf seiner zweijährigen Gefängnisstrafe entlassen.

vgl. Irrawaddy 29.09., 02.10., 5.10., 06.10., 10.10.06; Mizzima News 06.10., 10.10.06; New Light of Myanmar 02.10.06; BBC Burmese Service 19.10.06, AP 20.10.06, AFP 23.10.06

Geldwäsche

Burma ist im Oktober 2006 als letztes verbleibendes Mitglied von der schwarzen Liste derjenigen Länder gestrichen worden, die den Kampf gegen Geldwäscherei nicht unterstützen. Diese Liste war 2001 von der Financial Action Taskforce, einer regierungsübergreifend arbeitenden Organisation, erstellt worden. Burmas Regierung er-

klärte, über diesen Zustand hoch erfreut zu sein und lobte die Anstrengungen, die unternommen worden waren. Man wolle nun noch enger mit internationalen Organisationen zusammenarbeiten, um gegen Geldwäscherei vorzugehen.

vgl.: VOA News 14.10.2006, AP, 14.10.2006

Außenhandel erlebt Aufschwung

Burmas Außenhandel verzeichnete 2005/2006 das stärkste Geschäftsjahr seit 18 Jahren, der Außenhandel wuchs laut Statistikbehörde im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent. Der Handel betrug 5,54 Milliarden US-Dollar, im Vorjahr 4,83 Milliarden US-Dollar. Der Landwirtschafts-, Holz-, Gas- und Textilsektor verzeichneten höhere Exporte. Stärkstes Exportland für Burma ist Thailand, die meisten Importe kommen aus Singapur mit einem Anteil von 28 Prozent, gefolgt von China mit 24 Prozent. Vertraglich zugesicherte Auslandsinvestitionen betragen 6,065 Milliarden US-Dollar, hauptsächlich durch Thailands geplante Investition für den Tasang-Damm in Höhe von 6,03 Milliarden US-Dollar. Andere Investitionen kamen aus Indien mit 30,575 Millionen im Öl- und Gassektor, 4,4 Millionen aus Thailand für den gleichen Sektor und 700.000 US-Dollar aus China für den Bergbau.

vgl.: Xinhua General News Service 14.10.2006, AP 18.10.2006

Nationalkonvent tagt

Die verfassunggebende Nationalversammlung ist am 10. Oktober 2006 erneut zusammengetreten und soll für drei Monate tagen, um eine Verfassung für Burma auszuarbeiten. Wie bei den Sitzungen zuvor versammelten sich mehr als 1000 handverlesene Delegierte, die Opposition ist nicht vertreten. Der Nationalkonvent tagt seit 13 Jahren mit Unterbrechungen und es ist ungewiss, wie viele Sitzungen noch nötig sind, um einen Entwurf vorzulegen. Die Versammlung ist der erste Schritt in einem Sieben-Stufen-Plan der Militärregierung. Ihr soll ein Referendum folgen. Einige Analysten gehen davon aus, dass dies bereits innerhalb des nächsten Jahres geschehen könnte. Kritiker bezeichnen die Versammlung als Farce und undemokratisch.

vgl.: Irrawaddy 10.10.06, AFP 09.10.06

nachrichten

burma

Mahathir skeptisch

In einem längeren Interview mit Burma Digest stellte der frühere Ministerpräsident Malaysias, Mohamed Mahathir, fest, dass die bisherige Politik der ASEAN – Staaten Burma gegenüber nicht den erhofften Erfolg hatte. Er führte das unter anderem auf die Angst des Militärs vor Bestrafung zurück. Außerdem wies er darauf hin, dass grundlegende politische Veränderungsprozesse nur sehr langsam vonstatten gingen. Mit Blick auf Südafrika und die Tatsache, dass Nelson Mandela dort 37 Jahre im Gefängnis gesessen habe, meinte er, dass in Burma der Übergang zu einer demokratischen Regierung noch länger dauern könnte.

Mahathir, der 2003 als Premierminister Malaysias zurücktrat, war einer der Befürworter der Politik des »konstruktiven Engagements« Burma gegenüber gewesen und hatte mit dazu beigetragen, dass es mit Hilfe der Vermittlung eines malaysischen Diplomaten 2000 zu einer Annäherung zwischen Aung San Suu Kyi und der Militärjunta kam.

vgl. Burma Digest 12.11.2006
(<http://www.tayzathuria.org.uk/bd/2006/11/12/soa.htm>)

UN-Sicherheitsrat

Der UN-Sicherheitsrat hat sich dafür entschieden, Burma formal auf seine Tagesordnung zu setzen. Die Initiative dazu war von den USA ausgegangen, die aufgrund der Menschenrechtssituation, der Flüchtlingskrise und Burmas Aids-Problematik die Stabilität der Region gefährdet sehen. Durch die formale Stellung auf der Tagesordnung ist es nun jedem Mitgliedsland möglich, jederzeit eine Diskussion über die Situation in Burma anzustoßen und regelmäßige Berichterstattung zur Situation im Land kann angefordert werden. Der Sicherheitsrat hat eine formale Anhörung von UN-Untersekretär Ibrahim Gambari erbeten, der Burma im Mai 2006 besuchte und auch Aung San Suu Kyi getroffen hatte. Es wird jedoch bezweifelt, dass der Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet wird. Neben den USA waren Großbritannien, Frankreich, Argentinien, Dänemark, Griechenland, Japan, Ghana, Peru und die Slowakei Befürworter des Vorstoßes, China, Russland, Katar und Kongo stimmten dagegen, Tansania enthielt sich. China gilt als der wichtigste Verbündete Burmas und ist ein enger Handelspartner des Landes.

Die oppositionelle National League for Democracy (NLD) und die »88er Studentenbewegung« in Burma begrüßten die Entscheidung des Weltsicherheitsrates, ebenso die Exilregierung sowie Organisationen ethnischer Nationalitäten in Burma und im Ausland. Burmas Militärführung reagierte mit Verärgerung und dankte China und Russland für deren Unterstützung. Sie warf den USA vor, Behauptungen zu fabrizieren, um das Land vor den Sicherheitsrat zu bringen. Burma verurteilte auch Japan.

Am 29. September hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erstmalig eine offizielle Anhörung zu Burma hinter verschlossenen Türen abgehalten. UN-Untergeneralsekretär Ibrahim Gambari gab einen Bericht über die aktuelle Situation. Er reiste Anfang November erneut nach Burma und traf dort sowohl mit der Führung der Militärjunta wie mit den Führern der Opposition, unter anderem auch mit Aung San Suu Kyi, zusammen.

vgl.: BBC 16.09.06, UN News 15.09.06, Democratic Voice of Burma 18.09.06, AFP 19.09.06; The Washington Post 30.09.06, AP 30.09.06, DVB 112.11.2006

Thailands Hilfe und Staudamm-Pläne

Nach dem Putsch in Thailand erklärte es die Regierung von Surayud Chulanont, dem neuen Premierminister Thailands, zu ihren Top-3-Prioritäten, die Lebensbedingungen der 140.000 in Thailand lebenden burmesischen Flüchtlinge zu verbessern. Ihnen sollen Ausweise ausgestellt werden, die es den Flüchtlingen erlauben, sich außerhalb der Flüchtlingslager frei zu bewegen und legal zu arbeiten. Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen begrüßte diese Erklärung. Zudem überdenkt die thailändische Regierung ihre Beteiligung an den geplanten Projekten

zum Bau mehrerer gewaltiger Staudämme in Burma. Alle neu besetzten Ministerien seien aufgefordert worden, Projekte der Thaksin-Regierung zu überdenken. Es handele sich lediglich um Pläne, über die das Kabinett noch entscheiden müsse. Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen hatten die Regierung mehrfach dazu aufgefordert, die Unterstützung an diesen Projekten zurückzuziehen, da sie massive Umweltschäden und die Vertreibung und Umsiedlung ethnischer Minderheiten zur Folge hätten.

vgl.: UN News Centre 17.10.2006, Irrawaddy 18.10.2006